

6. XII. 1915

## Die Volksernährung vor dem Reichstagsauschuß.

Der Reichstagsauschuß für den Reichshaushalt setzte heute die Beratung über die Volksernährung fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter wies auf die Tatsache hin, daß im Westen ein Mangel an Kartoffeln bestand. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten das rechtzeitige Eingreifen der Regierung mannigfach verhindert; auch heute noch mangle es an der richtigen Verteilung. Wenn die Preisprüfungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates erklärte, daß die richtige Verteilung ohne Höchstpreise besser erfolgt sein würde, so ist dem entgegenzuhalten, daß dann die Preise vielleicht um zwei Mark höher gewesen sein würden. Des Redners Partei erkenne in vollem Umfange die Schwierigkeiten der Landwirtschaft an, sie wolle die Produktion durchaus nicht stören und sei gleichfalls der Meinung, daß ausreichende Preise bewilligt werden müßten. Ein Kartoffelpreis von 2,75 Mark müsse ausreichen, dagegen hätte der vom Landwirtschaftsrat vorgeschlagene Preis von 4 Mark geradezu aufreizend gewirkt. Auch die übrigen Preise reichen aus; ein Schweinepreis von 120 Mark bedeute eine Verdoppelung des Friedenspreises. Die Vertreter der Landwirtschaft haben den Anspruch auf Zollschutz stets mit dem Hinweis darauf begründet, daß im Kriege die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten werden müsse; wenn nun gesagt werde, daß die jetzigen Viehpreise nicht genügten, so sei zu erwidern, daß wenn man im Frieden Gefrierhäuser in ausreichender Menge gebaut haben würde, die Vorräte an Schweinen konserviert hätten werden können. Die Partei des Redners habe stets betont, daß im Kriege die Viehhaltung gefährdet sein würde, dies sei jedoch von landwirtschaftlicher Seite bestritten worden. Wenn der agrarische Redner am Sonnabend darüber gellagt habe, daß die Schweinepreise zu spät festgesetzt worden seien, so müsse betont werden, daß die Landwirtschaft ein Interesse an dieser Verpätung gehabt habe. Wenn den Landwirten ausreichende Preise bewilligt werden sollen, so könne aber auch das Gewerbe nicht mit Schaden arbeiten, es dürfe die richtige Verteilung der Waren nicht gefährden und auch den Konsumenten nicht Anlaß zu Klagen gegeben werden. Mißstimmung müsse es hervorrufen, wenn an einem Ort Mangel, an einem anderen Ueberfluß herrsche. Es müsse auch darauf hingewirkt werden, daß die Maßregeln der Regierung nicht in den einzelnen Verwaltungsbereichen durchkreuzt werden. Die Projektmacher störten die ruhige Entwicklung, der Schrei nach Höchstpreisen habe, auch nicht immer genügt. Die Durchführung der Fleischkarte hält der in der Gemeindeverwaltung herporragend tätige Redner für unmöglich. Wenn Butter zur Verfügung stehe, könnte man Karten einführen, wobei ähnlich wie bei der Milch auf die berechtigten Interessen der einzelnen Familien Rücksicht zu nehmen wäre. Im Kriege sei Teuerung wohl nicht zu vermeiden, aber wir wollen doch danach streben, daß der Wirtschaftsdruck bei uns geringer sei als in England und Frankreich. Die Partei des Redners habe Ueberverdiente in Handel und Industrie immer heftig bekämpft, wie sie besonders in der Lederindustrie erzielt werden, und deshalb trete man für die Kriegsgewinnsteuer ein. Die Rede des agrarischen Abgeordneten am Sonnabend hätte an Agitationsreden aus der Friedenszeit erinnert; er habe vergessen, daß diejenigen, die ihr Gewerbe stillstehen lassen müssen, viel schwerer leiden als die Landwirtschaft, deren großen Verdiensten gegenüber die Verdienste von Handel und Industrie nicht verschwiegen bleiben dürfen. Wir alle müssen ohne Aufreizung einzelner Berufsclassen gegeneinander nur das Bestreben haben, durchzuhalten. Die Schwierigkeiten dürfen nicht agitatorisch ausgenutzt werden, und deshalb müssen die hervorgetretenen Schäden soweit als möglich beseitigt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter berichtete, daß die Kleinen und mittleren Bauern in seiner niederbayerischen Heimat unter der Flut der Verordnungen leiden und die vielfachen Entzignungen mit Schmerzen ertragen. Die Zentralisierung der Maßregeln sei bis zu einem gewissen Grade zu begrüßen, z. B. bei der Herbeibringung der Futtermittel; die Zentralisierung auch auf die Verteilung auszudehnen, sei nicht ratsam. Auf die Bedürfnisse der kleineren Brauereien müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Im Süden wirkten die fleischlosen Tage viel unbequemer als im Norden. Hauptsache sei die Aufrechterhaltung der Produktion, die Preisfrage komme erst in zweiter Linie. Die Ernte in Niederbayern sei befriedigend, hiernach könne man sehr zuversichtlich sein. Die Regelung der Butterversorgung in Bayern durch die Militärbehörden war nötig, weil eine wilde Preistreiberei eingetreten war.

Ein konservativer Redner betonte, daß hohe Preise notwendig seien, um die Produktion auf das höchste anzuspinnen. Die Presse habe den Burgfrieden nicht gewahrt und würdige nicht genügend die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Dem preussischen Landwirtschaftsminister, der schon im Oktober die Freigabe von Waldstreu und anderes mehr angeordnet habe, dürfe man keinen Vorwurf machen, wenn er für die Erhaltung der Produktion eintrete. Die Kartoffel sei insofern eine sehr delikate Frucht, als ihr Futterwert viel höher sei als in den Höchstpreisen zum Ausdruck komme. Die nicht genügende Beschickung der Kartoffelmärkte sei zurückzuführen auf ungünstiges Wetter, Wagen- und Arbeitermangel, aber auch auf Nervosität der Konsumenten. Die Preise der Kartoffelerzeugnisse seien nicht zu hoch, dies werde durch das mangelnde Angebot an die Fabriken bewiesen. Der Spirituspreis sei gegenüber den Herstellungskosten auch nicht zu hoch. Die Erträge einzelner Wirtschaften lassen keinen Schluß für die Allgemeinheit zu. Während der agrarische Redner einen Rückgang der Einnahmen der deutschen Landwirtschaft um etwa 2 Milliarden berechnet habe, nehme der fortschrittliche Abgeordnete ein Steigen ihrer Einnahmen um 3 Milliarden an; für die letztere Annahme wären jedoch die Grundlagen nicht gegeben. Hätten wir nicht hohe Zölle gehabt, so wäre die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen, so wie es geschehen ist, Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die vermehrte Abschachtung von Kühen und Färsen sei nicht erwünscht, weil sonst der Mangel an Milch und Butter verschärft werde.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß die letzte Mahnung des Borredners nicht erleichtert werde durch dessen eigene Rede und die Ausführungen des agrarischen Redners am Sonnabend. Der 400 Millionen-Fonds zur Hilfeleistung an die Gemeinden habe gewiß mildernd gewirkt, aber noch nicht genügt. Die Ernährungsverhältnisse könnten nur gebessert werden, wenn mehr als bisher, energischer und rascher eingegriffen werde. Die Grundlagen der landwirtschaftlichen Statistik seien außerordentlich unsicher. Die Kartoffelpreise seien nicht, wie behauptet wurde, Friedenspreise. Die Preissteigerung müsse für die Landwirte für mehr als ausreichend bezeichnet werden; ebenso liege es bei den Kartoffelerzeugnissen. Die Geschäftsberichte der Erwerbsgesellschaften mit ihren erhöhten Dividenden müßten Verärgerung hervorrufen. Immer neue Verordnungen werden nötig gemacht dadurch, daß die Spekulanten in allen Berufen, nicht nur in der Landwirtschaft, die Höchstpreise zu umgehen versuchen. Die Zensur mache es der sozialdemokratischen Presse unmöglich, über ländliche Arbeiterlöhne zu berichten. Die Festlegung der Butterhöchstpreise erfolgte verspätet. Bezeichnend für unsere Zustände sei die Mitteilung des Staatssekretärs, daß die Reichsregierung die Militärbehörden zur Hilfe nehmen müsse, um notwendige Anordnungen durchzuführen. Es werden Kartoffeln zurückgehalten und überdies verteuert durch die Gewährung viel zu hoher Vermittlungsgebühren durch die Reichskartoffelstelle.